

KULTURERBE

Samsontagen ist von der Unesco kürzlich zum Kulturerbe erklärt worden.



Murau setzt auf Wasserkraft

Rund 300 Teilnehmer bei Tagung des Vereines Kleinwasserkraft Österreich in Murau.

martina.baernthaler@murtaler.at

Sie verursacht keine Treibhausgase, ist erneuerbar und in Österreich im Überfluss vorhanden: die Wasserenergie. Und doch hat sie in den letzten Jahren immer wieder für Diskussionen gesorgt. Wasserkraftwerke waren ökologisch umstritten. Sie verfeuern zwar keine fossilen Energieträger, versperren aber Fischen den Weg bei der Wanderschaft, heißt es seitens der Gegner.

Aufklärung und Information

In der Steiermark gibt es derzeit rund 440 anerkannte Kleinwasserkraftwerke, die etwa 387.000 Haushalte mit Ökostrom versorgen. Im Vergleich zur Stromproduktion aus fossilen Energieträgern werden so pro Jahr 948.000 Tonnen CO₂ eingespart. Fakten, die klar für die Wasserkraft sprechen.

Aufklärungs- und Informationsarbeit will der Verein Kleinwasserkraft Österreich, der die Interessen von rund 1.000 Mitgliedern vertritt, leisten. Rund 300 Interessierte nahmen bei der Jahrestagung des Vereins, die vergangenes Wochenende in Murau stattfand, teil. Vorträge zum Thema Wasserrecht,



Tagten in Murau: Bernd Lippacher, Christoph Wagner und Bürgermeister Thomas Kalcher.

Foto: Schwarz

Ökostromförderung, Fischaufstiegshilfen in Planung und Praxis sowie Exkursionen waren nur einige der Programmpunkte. Murau gilt mit 60 Kraftwerken als Vorzeigeregion, die bereits jetzt mehr Energie gewinnt als verbraucht. „Die Energieunabhängigkeit bis 2015 ist unser großes und erklärtes Ziel“, sagte Bürgermeister Thomas Kalcher.

„Wir gehen eindeutig weg vom Betonieren und hin zum ökologischen Wasserbau“, for-

muliert Christoph Wagner, Präsident von Kleinwasserkraft Österreich, den Status quo. Klares Ziel ist die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie aus Kleinwasserkraft. Allerdings sind in Österreich rund 1.800 Altanlagen (2.600 speisen ihre Energie derzeit ins öffentliche Netz ein) sanierungsbedürftig.

Forderung

„Die EU will dies bis 2015 erledigt wissen, doch realistisch ist eine Quote von 10 bis 20 Pro-

zent. Natürlich ist klar, dass früher die Auflagen und Vorgaben nicht so streng waren wie heute, aber diese Energieerzeugungsmethode ist die Zukunft. Die Branche hat leider mit immerwährenden Herausforderungen und ständig wechselnden rechtlichen Rahmenbedingungen zu kämpfen. Wir fordern deshalb eine Anpassung des Ökostromgesetzes. Da ständige Stopp-and-Go muss ein Ende haben“, fordert Christoph Wagner.